

Das Novemberpogrom in Kassel – eine nicht gesühnte Untat

Die Nachrichtensender hatten über den Anschlag Herschel Grynszpan in Paris am 7. November 1938 zunächst kommentarlos berichtet und eine „öffentliche Erregung“ war zunächst nirgends erkennbar. Bald aber sammelten sich Gruppen in der Stadt, um gegen jüdische Bürger zu demonstrieren. Hunderte von Zuschauern und Akteuren schlossen sich an und setzten die schlimmsten judenfeindlichen Ausschreitungen in Gang, die die Stadt je gesehen hatte. Auf dem Weg zum Gemeindehaus wurden ein jüdisches Café und zahlreiche jüdische Geschäfte zerstört. Die gesamte Inneneinrichtung des Gemeindehauses wurde zerschlagen, das Inventar, darunter ein Harmonium, zerschellten auf der Straße.

In den Abendstunden dieses 7. November dann versammelten sich in Kassel, wie ein Zeitzeuge berichtete, „so dreißig Mann in Zivil, alle mit den gleichen Stiefeln“ in der Nähe der Synagoge, drangen gewaltsam in diese ein, schleppten Gebetsrollen, andere Kultusgegenstände, Vorhänge und Teile des Gestühls auf den Vorplatz vor dem Gebäude und zündeten sie an.

Das Verbrechen hatte eine Botschaft, die hieß: Wir dulden keine jüdischen Gotteshäuser in der Stadt. Wieder einmal zeigte der völkische Rassismus sein Gesicht. Wenige Tage später wurde die Synagoge einem Abrissunternehmen übergeben und Stein um Stein abgetragen. Das war rechtsextremistischer Terror, initiiert von terroristischen Banden und begleitet von antijüdisch fanatisierten Mitläufern.

Bis zum heutigen Tag hat nicht ein einziger an dieser Untat Beteiligter sich dazu bekannt bzw. sich als Mitschuldiger zu erkennen gegeben. Auch in den Jahrzehnten danach ist keine Entschuldigung bei der Kasseler Jüdischen Gemeinde eingegangen. Hausfriedensbruch, schwere Sachbeschädigung, Diebstahl, Plünderung, Brandstiftung blieben und bleiben bis heute ungesühnt.

Die anwesenden Polizeibeamten hatten sich im Hintergrund gehalten, die Staatsanwaltschaften keine Anklage erhoben. Die Behauptung, dass Staatsanwälte und Richter in der NS-Diktatur erzwungene Vollzugsbeamte des Führerwillens gewesen seien, ist eine Legende. Wahr ist, dass es in gewissem Rahmen Spielräume gab. Dieser Rahmen konnte unter bestimmten Umständen für einzelne Menschen lebensentscheidend sein. In Wirklichkeit war dieser Staat im Jahre 1938 noch keineswegs bis in die letzten Ämter, Dienste und Behörden „gleichgeschaltet“. Polizeibeamte protokollierten weiterhin Sachbeschädigung und Körper-

verletzung, Staatsanwälte ermittelten und Richter urteilten. Dies setzte freilich Willen und Entschlossenheit voraus, es zu tun. Es gab selbst unter diesen mit heute nicht vergleichbaren politischen Bedingungen Menschen, die dies taten.

Einer war der in Kassel geborene Amtsgerichtsrat Karl Steinmetz in Neukirchen, der im Jahre 1934 zwei SA-Angehörige zur Rückgabe entwendeter Schächtmesser und zur Bezahlung der Summe von 100 RM an den jüdischen Mitbürger als Kläger verurteilte. Der Kasseler Polizeipräsident bemerkte zwar, dass Steinmetz „nationalsozialistischen Geist völlig vermissen“ ließ, die Sache sei „lediglich streng formaljuristisch behandelt worden“. Aber gerade in dieser korrekt zivilprozessrechtlichen Behandlung von Diebstahl zeigte sich die Gegenhaltung des Richters. Der Fall machte den Nazis bis ins Reichsjustizministerium große Schwierigkeiten und führte letztlich zur Versetzung des Richters nach Oberhausen.

Man hört auch die Auffassung, in der Diktatur habe man nichts dagegen machen können. Der Allgewalt des Diktators sei nur bei Opferung des eigenen Lebens beizukommen gewesen. Beides ist unzutreffend. Es gab Haltungen, die nicht im Opportunismus mitliefen. Das bezeugen die Kasseler Bürger und Bürgerinnen, die sich zur Gehorsamsverweigerung, zur Resistenz oder zum Widerstand entschieden.

Einer von ihnen war der Feuerwehrmann Hofsummer, der die große Kasseler Synagoge vor dem ersten Zerstörungsangriff am 7. November 1938 durch eine List retten konnte. Die gegen Mitternacht von einem benachbarten Holzhändler, der das Ausgreifen der Flammen auf sein Lager befürchtete, alarmierte Feuerwehr konnte sich nur mit Mühe einen Weg durch die mit Menschen besetzte Synagoge bahnen, um die Feuer, die auch in der Synagoge gelegt waren, löschen zu können. Seinen vergeblichen Aufforderungen von beiden Emporen aus, die Synagoge zu verlassen, folgte die Menge erst, nachdem Hofsummer zu einer List gegriffen hatte: „Nachdem ich [...] sah, dass ich allein nichts ausrichten konnte, ging ich auf die zuerst begangene Empore zurück und rief: ‚Es ist festgestellt worden, dass die Gashähne geöffnet sind, infolge des Feuers besteht die Gefahr einer Explosion‘. Hierauf versuchten alle Personen die Synagoge schnellstens zu verlassen.“¹

Die Tatsache, dass die Anschläge gegen die Kasseler Synagoge nicht von Hitler und seinen Vasallen befohlen worden waren, sondern lokal und regional entstanden waren, wird leicht übersehen. Die Anschläge hatten hier ja bereits zwei Tage vor dem bekannten 9. November begonnen. Ohne jüdenfeindliche Stimmungen und Haltungen in der Gesellschaft selbst, vor

¹ Stadtarchiv Kassel 3.37 Nr. 189. Bericht des Brandmeisters Hofsummer zum Feuer Untere Königsstraße 84 vom 9.11.1938.

allem ohne jene widerliche Hass-Sprache der hiesigen Gauleitung und NS-Presse wäre die Untat vom November 1938 nicht zustande gekommen. Die Gauleitung der NSDAP Kurhessen rühmte sich im Jahr 1940 sogar stolz dieser Initiative, indem sie erklärte, dass „im November des Jahres 1938 die Kasseler Synagoge im ganzen Reich der erste Stein traf.“² Es waren lokale und regionale Initiativen, die wüteten und das Leben vieler Menschen bedrohten. Wenige Tage später wurde der Lehrer an der jüdischen Volksschule Willy Katz – mit vielen anderen Männern der jüdischen Gemeinde - in das KZ Buchenwald deportiert. Auch in einigen anderen nordhessischen Städten und Gemeinden wie in Bebra, Felsberg, Guxhagen, Hoof, Hersfeld und anderen Orten hatten diese Pogrome dem Kasseler Beispiel folgend bereits am 7. oder am 8. November eingesetzt.

Am Abend des 9. November feierten die Spitzen der Nazipartei, u.a. mit Hitler, Göring, Goebbels und den Gauleitern, in München den Jahrestag des Hitler-Putsches vom 9. November 1923. Als gegen 21 Uhr die Nachricht vom Todes Ernst vom Raths eintraf, hielt Goebbels eine Hetzrede gegen die Juden. Unter namentlicher Nennung der Pogrome in Kurhessen und in Magdeburg-Anhalt (auch dort hatten die Ausschreitungen vor dem 9. November eingesetzt) verkündete er, dass solche Demonstrationen von der Partei nicht zu verhindern seien, „so weit sie spontan entstünden“. Die anwesenden Gauleiter verstanden, was gemeint war, und eilten an die Telefone.

Der November 1938 lehrt uns, unnachgiebig wachsam zu bleiben gegenüber den kriminellen Vorhaben, die sich gegen Menschen wegen ihres Glaubens oder wegen ihrer ethnischen Herkunft richten. Heute haben wir im Unterschied zur Nazizeit einen demokratischen Rechtsstaat, dem es leichter fallen muss, die völkische Hasssprache und die rechtsextremistischen Gewalttaten zu bekämpfen. Deutlich ist geworden, dass die engagierten und nachhaltig anhaltenden historisch-politischen Bildungsaktivitäten – so unerlässlich sie sind – alleine nicht ausreichen werden. Der demokratische Staat selbst muss sich wappnen und zur entschlossenen Selbstverteidigung rüsten. Juden, Migranten, verfassungstreue Bürgermeister, unvoreingenommen berichtende Journalisten und Journalistinnen, Asylbewerber und –bewerberinnen müssen wirksam vor den widerlichen rassistischen Herabsetzungen und Gefahren an Leib und Leben geschützt werden.

Ende Oktober 2020

Dietfrid Krause-Vilmar

² Kurhessen. Von Dr. Ernst Hülsmeier, Gauhauptstellenleiter. Berlin 1940, S. 11 (= Die deutschen Gaue seit der Machtergreifung, herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein).